

aus dem Inhalt

- ♦ Laudato Si
- ♦ Blasphemie und Strafrecht
- ♦ Internationale Schutzverantwortung
- ♦ Deutsch-kolumbianischer Workshop
- ♦ Decent Work mit Europaparlamentariern und COMECE
- ♦ Workshop Ernährungssouveränität
- ♦ GKKE-Kohärenzbericht zu Lebensmittelstandards
- ♦ Dialogforum Rüstungsexporte
- ♦ Kulturelle Traditionen und Menschenrechte, Konferenz und EDP in Lusaka

Laudato Si – ein „Kompendium der globalen Solidarität“

„Mehr als ein dringendes Plädoyer für Entwicklungsgerechtigkeit, mehr als eine Klimaenzyklika“, als ein „Kompendium der globalen Solidarität“ würdigte Bischof Dr. Stephan Ackermann die neue Enzyklika ‚Laudato Si‘ in einer Stellungnahme vom 18.06.2015.

Sie könne Orientierung für die Verabschiedung einer neuen Agenda nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainability Development Goals, SDG) geben und Perspektiven für die weltweite Umsetzung eröffnen, so Bischof Ackermann. Franziskus lege seinen Ausführungen mit dem Bezug auf die Würde jedes Menschen eine menschenrechtliche Perspektive zu Grunde. Ebenso sehe er menschenwürdige Arbeit als eine notwendige Investition in den Erhalt friedlicher und generationengerechter Gesellschaften an. Er widerspreche der Ideologie des wirtschaftlichen Wachstums, und setze stattdessen eine neue Bestimmung von Fortschritt, den er als eine wirtschaftliche und technologische Entwicklung beschreibe, die eine bessere Welt und eine im Ganzen höhere Lebensqualität für alle hinterlässt. Alternative Lebensstile, Genügsamkeit und verantwortliches Konsumieren stelle er in den Vordergrund.

Diese Enzyklika fördere „eine Spiritualität der globalen Solidarität“ und sei so in vielen Passagen ein Beleg für den in der deutschen Entwicklungspolitik viel diskutierten Beitrag, den Religionen zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit leisten könnten. Der Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit wolle im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris den Weckruf aufgreifen, dass eine umfassende Umkehr dringend geboten ist.

JP bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf

Vom 01.- 13. Juni 2015 fand die 104. Internationale Arbeitskonferenz statt. In diesem Jahr organisierte Kolping international/Justitia et Pax zusammen mit dem Internationalen Katholischen Zentrum in Genf (CCIG), der Weltbewegung christlicher Arbeitnehmer (WBCA) und der christlichen Arbeiterjugendbewegung CIJOC und Caritas internationalis am 2. Juni 2015 einen ganztägigen Workshop ‚From informal to formal Economy: Ensuring more just and decent conditions of work‘ zur geplanten Empfehlung zur Transition Informeller Wirtschaft in formelle Wirtschaft. Die Veranstaltung fand im Weltkirchenrat, außerhalb der ILO, statt mit ca. 35 Personen von Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen aus Genf. Besonders beleuchtet wurde die Situation von Wanderarbeitern, Frauen und Jugendlichen und wie sie durch eine ILO-Empfehlung verbessert werden kann. Frau Prossy Nambatya, die ugandische Justitia et Pax-Kollegin und Koordinatorin des Joint Action Committee for Decent Work in Uganda (JACODEWU) und Frau Suman More, von der Müllsammlerinnengewerkschaft KKP aus Pune Indien wirkten auf Einladung von JP bei den gemeinsamen Aktivitäten mit.

Armut könne nur überwunden werden, wenn die Menschen mit ihrer täglichen Arbeit genug Einkommen für ein menschenwürdiges Leben erwirtschaften, so erläuterte Dr. Hagemann bei ihrer Rede im Plenum den Bezug zur Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen.

Frühjahrskommissionssitzung: Blasphemie und Strafrecht, R2P

Die Kommission befasste sich bei ihrer Frühjahrssitzung im Schwerpunkt mit der Schutzverantwortung der Internationalen Gemeinschaft und diskutierte den Entwurf einer Erklärung, die Prof. Stobbe aus der AG Gerechter Friede einbrachte.

Im Austausch zu Blasphemie und Strafrecht aus internationaler Perspektive plädierte Prof. Bielefeldt dafür, in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Religionen nicht zu sehr auf das Strafrecht zu setzen. Übereinstimmung



Workshop Women and Social Security: Ms Suman More, Harshad Barde, Poonsap Tulaphan, WIEGO



Podium: Rodrigo Whitelaw, UNIAPAC, Prossy Nambatya, JACO DeWU, Marilea Damasio, MMTTC, Hagemann, Gloria Morena Fontes, ILO, vlnr.

herrschte in der Einschätzung, dass §166 „ Beschimpfung von Bekenntnissen...“ kein echter Blasphemieparagraf sei. Er werde lediglich verkürzend so bezeichnet, sanktioniere aber nicht blasphemische Äußerungen, sondern zielen auf die Sicherung des öffentlichen Friedens, indem er unsachliche Beschimpfungen der Inhalte religiöser Bekenntnisse in besonderer Weise sanktioniert, so legte Frau Jestaedt vom Katholischen Büro, Berlin dar. In der internationalen Auseinandersetzung um problematische Blasphemieparagrafen, die auf religiöse Bekenntnisse abstellten, wie etwa in Pakistan, berufe man sich dennoch gerne auf die deutsche Regelung, so Bielefeldt. Eine Klärung von Inhalt und Funktion des §166 bzw. *eine deutliche Abgrenzung von Blasphemieparagrafen* wurde einhellig sowohl in der kirchlichen wie auch in der politischen und öffentlichen Debatte als notwendig erachtet. Es bliebe die Aufgabe von Staat und Gesellschaft, ein öffentliches Klima zu schaffen oder zu erhalten, in dem Menschen frei zu ihren Bekenntnissen stehen und sie gemeinsam mit andern ungehindert vollziehen können.

Erklärung zur Internationalen Schutzverantwortung

Im Nachgang zur ausführlichen Diskussion in der Kommission hat der Vorstand am 7. Juni eine Erklärung zur Internationalen Schutzverantwortung veröffentlicht. In dieser Erklärung wird die ethische Bedeutung des Konzepts der Internationalen Schutzverantwortung unterstrichen. Zugleich wird auf eine Reihe von wichtigen Desideraten aufmerksam gemacht. Die Erklärung unterstreicht eindringlich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des VN-Systems, dessen Potential noch lange nicht ausgeschöpft zu sein scheint. Damit bezieht die Kommission Position gegen die vielerorts zu beobachtenden VN-Müdigkeit.

Deutsch-Kolumbianischer Workshop

Vom 07. – 12. Juni 2015 hat in Berlin ein deutsch-kolumbianischer Workshop zu deutschen Erfahrungen im Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit stattgefunden. Die Initiative zu diesem Workshop ging von der kolumbianischen Bischofskonferenz aus, die sich 2013 mit der Bitte an das Sekretariat der DBK gewandt hatte, einen solchen Workshop durchzuführen, mit dem Ziel die kolumbianischen Partner in ihrer Vorbereitung auf den kommenden Versöhnungsprozess in Kolumbien zu unterstützen. Vor dem Hintergrund eines 50jährigen Bürgerkriegs, der auch tiefe Spuren in der Kirche selbst hinterlassen hat, wurden verschiedene einschlägige Orte in Berlin besucht, die die Erfahrungen des deutschen Kontexts verdeutlichen konnten. Im Laufe des Workshops wurden konkrete Handlungsfelder und –optionen identifiziert und besprochen. Dabei kam nicht zuletzt, angestoßen durch den Vorsitzenden der Kolumbianischen Bischofskonferenz, Erzbischof Castro, auch die spezifische Rolle der Kirche im Konflikt in den Blick.

Runder Tisch Gedenkstätte Spac/Albanien

Am 23. Mai 2015 haben JP Albanien, die Maximilian-Kolbe-Stiftung und Renovabis in Tirana einen öffentlichen Runden Tisch zur zukünftigen Nutzung des ehemaligen kommunistischen Arbeitslagers Spac als Gedenkstätte durchgeführt. Mit diesem Runden Tisch konnte die politische Aufmerksamkeit für das erinnerungspolitische Anliegen deutlich gestärkt werden.

Friedensethisches Training AGEH

Das friedensethische Training „Kirche und Konflikt. Teil des Problems oder Teil der Lösung?“ wurde am 16./17. März 2015 gemeinsam mit der AGEH erneut für Fachkräfte der EZ und des ZFD durchgeführt. Zukünftig soll dieses Training fester Bestandteil der Vorbereitung aller ZFD-Fachkräfte sein. Neben einer Einführung in die Grundlagen der kirchlichen Friedenslehre werden im Rahmen des Trainings auch kirchensystemische Wirkzusammenhänge sowie biographische Zugänge und Blockaden thematisiert.

Fachgespräch zu Decent Work mit Europaparlamentariern und COMECE

Die internationale Gruppe der katholisch inspirierten Organisationen veranstaltete zusammen mit der COMECE und zwei Mitgliedern des Europäischen Parlamentes am 17. März 2015 die Diskussionsveranstaltung „Decent Work – The path to dignity for

Podium vlnr. :
Norbert Klein, EZA Bischof
Gianni Ambrosio, (COM-
ECE), Patricia Toia (MEP),
Davor Ivo Stier (MEP),
Stephen Pursey(ILO),
Hildegard Hagemann (JP)



all – Creating decent jobs for poverty eradication through post 2015 Agenda“. An der zwei-stündigen Veranstaltung nahmen seitens der ComECE Vize-Präsident Bischof Ambrosio und der Nuntius bei der EU, Msgr. Alain Lebeau-pin, teil sowie ca. 70 Personen. Die Veranstaltung wird durch Videoaufzeichnungen auf der Justitia et Pax Webseite dokumentiert:

http://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20150512_dokumentation_decent_work.php

Workshop Ernährungssouveränität

Auf Initiative der AG Armenorientierung trafen sich am 8. Juli 2015 im Kulturwissenschaftlichen Institut Essen Experten zu einem Workshop „Ernährungssouveränität im Kontext der SDG Agenda“. Zu Beginn der Arbeitsperiode gab dies Gelegenheit, die aktuellen internationalen politischen Prozesse mit den Schwerpunktthemen der AG Armenorientierung konkreter in Bezug zu setzen: Der Agrardialog soll im Zusammenhang mit der SDG Agenda weitergeführt werden, um sowohl das Recht auf Nahrung als auch das Recht auf Menschenwürdige Arbeit in ihrer Bedeutung hervorzuheben. Ziel des Workshops ist die Konzeptschärfung und zudem die Identifizierung des Stellenwertes der Ernährungssouveränität in der SDG Agenda, als Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung des Agrardialogs der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

Neue Studie „Wen kümmert die Sorgearbeit“

Die neue Studie der Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik „Wen kümmert die Sorgearbeit – Gerechte Arbeitsplätze in Privathaushalten“ wurde am 2. Juli 2015 mit einer Fachtagung und einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Prof. Emunds vom Oswald von Nell Breuning Institut hat den Einsatz der Kommission Justitia et Pax für Hausangestellte aufgegriffen und das Thema sozialetisch bearbeitet. Auch die kfd wirkte bei der Durchführung des Workshops mit. Die Teilnehmenden des Workshops schätzten die Studie als wichtigen Beitrag zur Umsetzung des ILO Übereinkommens C189 Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte und begrüßten den Workshop als Ort der Vernetzung und Sichtbarmachung des vielfältigen Engagements kirchlicher Einrichtungen für die Situation der Hausangestellten vor allem mit Migrationsgeschichte. Es wurde angeregt, den anstehenden Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Konvention durch Eingaben an das Bundesarbeitsministerium kritisch zu begleiten.

GKKE- Kohärenzbericht zu Lebensmittelstandards

Die Fachgruppe Kohärenz veröffentlichte am 11. Juni 2015 ihren neuen Kohärenzbericht ‚Plädoyer für gerechte und nachhaltige globale Lebensmittelstandards‘. Die Studie gibt einen detaillierten Überblick über die Relevanz der verschiedenen Standards und aktuelle Entwicklungen. Der Bericht wurde in einem Donnerstagsgespräch der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt ein Fachtagung dazu mit Experten aus Politik, Agrarwirtschaft und Lebensmittelindustrie wird am 21. September stattfinden.

GKKE zum Rüstungsexportbericht 2014 der Bundesregierung

Am 24.06.2015 legte die Bundesregierung ihren Rüstungsexportbericht 2014 vor, zum zweiten Mal bereits im Juni. Den deutlichen Rückgang der Einzelausfuhrgenehmigungen an Rüstungsgütern (3,97 Mrd Euro ggü 5,85 in 2013) begrüßte die GKKE in ihrer Stellungnahme. Aber der Anteil der Exporte in Länder, die weder der NATO noch gleichgestellten Staaten angehören, sei mit rund 60 Prozent wie im Vorjahr immer noch viel zu hoch. Beklagt wird zudem die Verdoppelung der Genehmigungen von Kriegswaffenexporten auf 1,48 Milliarden Euro. Auch hier ging ein großer Teil der Lieferungen an Drittstaaten. Rund ein Drittel der gesamten Exporte ging in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas. Die GKKE forderte eine deutlich konsequentere Anwendung der Politischen Grundsätze der Bundesregierung, nach denen Exporte in Drittländer, erst recht in Krisen- und Konfliktregionen, nur in begründeten Einzelfällen erfolgen sollen.

Dialogforum Rüstungsexporte im Bundeswirtschaftsministerium

Die Anregung der GKKE zu einem Dialogforum Rüstungsexporte hat BM Gabriel aufgegriffen und zum 21. Juli 2015 zum ersten Mal Vertreter der Wirtschaft, Unternehmen und Gewerkschaften, und der GKKE Fachgruppe



Anna Echterhoff im Gespräch mit Davor Ivo Stier



Michael Windfuhr, H. Hagemann, Johannes Wallacher (vlnr.)



Stephan Becker-Sonnenschein, Die Lebensmittelwirtschaft e.V., Berlin Harald Ebner MdB, Jacqueline Boysen (Moderation), Ulrich Hoffmann UN Forum on Sustainability Standards, Genf und Rupert, Ebner, Slow Food Deutschland e.V

Rüstungsexporte ins Bundeswirtschaftsministerium eingeladen. Auch Kleinwaffengrundsätze und Vor-Ort-Kontrollen stehen auf der Agenda. Der GKKE Vorsitzende (kath.) Prälat Jüsten sieht dieses Forum als Chance, dass die Politik die Argumente aus Rüstungsindustrie und Gewerkschaften, aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und nicht zuletzt den Kirchen in Austausch bringt und aus diesem Gesamtbild die nötigen Schlüsse zieht.

JP Europa zur Aufnahmebereitschaft in allen EU-Mitgliedsstaaten

Als einen ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Justitia et Pax Europa die EU-Agenda zu Migration, die die Kommission am 13.05.2015 beschloss, in einer Erklärung des ExCo vom 15.06.2015 in Prag. Die Ausweitung der Rettungsaktion im Mittelmeer wird begrüßt, ebenso wie die Maßnahmen gegen Menschenhändler. Allerdings müsse jede Form militärischer Intervention unter ein klares UN-Mandat gestellt werden, auch dürfte das Leben unschuldiger Menschen nicht riskiert werden. Die EU sollte neue Wege für legale Migration und Mobilität eröffnen.

Der Vorschlag zur Verteilung von 60.000 Flüchtlingen auf alle EU Mitgliedsstaaten und zu einem entsprechenden langfristig tragfähigen Schlüssel wird als Signal begrüßt, das völlig unzureichende Dublin II Verfahren zu ersetzen. Justitia Pax Europa forderte alle auf, insbesondere die zögerlichen Mitgliedsstaaten, ihre Zurückhaltung aufzugeben und großzügige Aufnahmebereitschaft ggü. Fremden zu zeigen.

Kulturelle Traditionen und Menschenrechte, Konferenz und EDP in Lusaka

Kulturelle Traditionen können Impulse geben und Hemmnis sein für die Umsetzung der Menschenrechte, dies bekräftigten die Teilnehmer/innen einer internationalen Konferenz der Deutschen Kommission Justitia et Pax und des Jesuit Center for Theological Reflection JCTR, die vom 25.-27. Juni 2015 in Lusaka (Sambia) stattfand. Mit dabei waren u.a. der Vizepräsident der allafrikanischen Bischofskonferenz SECAM, Erzbischof Gabriel Anokye (Ghana), der Erzbischof von Johannesburg Buti Tlhagale (Südafrika), Weihbischof Dr. Stefan Zekorn aus Münster, Botschafter Bernd Finke sowie ranghohe UN-Vertreter und Repräsentanten des Afrikanischen Menschenrechtsschutzsystems. „Ohne Rückhalt in der durch kulturelle Traditionen geprägten Lebenswelt können sich Menschenrechte nicht dauerhaft entfalten“, unterstrich Heiner Bielefeldt im Resümee. Kulturelle Praktiken jedoch, die der Menschenwürde bzw. einer freien Entfaltung der Person entgegenstehen, müssten als menschenrechtsunverträglich kritisiert werden.

In einem Exposure-Programm vorab erlebten einige Teilnehmer/innen im ländlichen und urbanen Raum Sambias, wie traditionelle kulturelle Praktiken die Umsetzung von Menschenrechten hemmen oder fördern.



Stellungnahmen und Erklärungen im Wortlaut finden Sie auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter den Rubriken „aktuell“ oder „Presse“. Hefte der Schriftenreihe sind unter „Publikationen“ oder bei der Geschäftsstelle zu beziehen.

Impressum

***Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn
E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de
Web: www.justitia-et-pax.de
Redaktion: Gertrud Casel***

*Deutsche Kommission
Justitia et Pax - Einrichtung
der Deutschen Bischofs-
konferenz und des Zentral-
komitees der deutschen
Katholiken zur Förderung
von Entwicklung, Menschen-
rechten und Frieden*